



Die
Bundesregierung

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Konsultationspapier zum Fortschrittsbericht 2008

„Der Begriff der Nachhaltigkeit reicht weit über den Gedanken des Schutzes der natürlichen Ressourcen hinaus Wir haben also über das Prinzip der Nachhaltigkeit im Grunde ein Definitionsmerkmal, ein Kennzeichen dafür, was Fortschritt in unserer Gesellschaft bedeutet. Fortschritt muss nämlich der Bedingung genügen, dass die Natur und unsere ökologischen Systeme die Veränderungen auch wirklich dauerhaft tragen können.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Festakt „20 Jahre Umweltministerium Baden-Württemberg“ im Juli 2007

2008 berichtet die Bundesregierung erneut über die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Gleichzeitig soll sie in zentralen Handlungsfeldern weiter entwickelt werden. Denn Nachhaltigkeit ist ein lebendiger Prozess, der im Lichte aktueller Probleme und Handlungsfelder vorangeht. Der Bericht soll im Herbst 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet werden.

Im Jahr 2002 hatte die Bundesregierung unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ eine Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Dabei wurden unter anderem Indikatoren mit Zielen ausgewählt, um die Umsetzung der Strategie überprüfen zu können. 2004 hat die Bundesregierung dann erstmals in einem Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie über das Erreichte Rechenschaft abgelegt. Ein weiterer Bericht ist 2005 erfolgt (Wegweiser Nachhaltigkeit).

Der Koalitionsvertrag von 2005 bekennt sich zur Nachhaltigkeit als politischem Leitprinzip. Die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen und entwickelt sie fort. Bewährte Institutionen wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung werden fortgeführt, ebenso wie der Parlamentarische Beirat beim Bundestag. Wie in der vorhergehenden Wahlperiode liegt die federführende Zuständigkeit für Nachhaltigkeit beim Bundeskanzleramt.



Nachhaltigkeits-
strategie
für Deutschland

*Konsultationsprozess zum Fortschrittsbericht 2008 –
Aufruf zur aktiven Teilnahme*

Nachhaltige Entwicklung lässt sich aber nicht „von oben“, von der Regierung, verordnen. Sie lebt von der gesellschaftlichen Diskussion, von einer möglichst breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wie schon 2001/2002 bei der Erarbeitung der Strategie und 2004 beim letzten Fortschrittsbericht legt die Bundesregierung deshalb großen Wert darauf, dass Bürgerinnen und Bürger sich mit Anregungen und Vorschlägen beteiligen.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, bereits früh im Arbeitsprozess die Inhalte zu diskutieren, damit die Ergebnisse der Konsultation möglichst gut bei der Ausarbeitung des Textes berücksichtigt werden können. Das vorliegende Konsultationspapier soll als Grundlage für diese Diskussion dienen. Ihre Anmerkungen senden Sie bitte **bis spätestens 31. Januar 2008** unter dem Stichwort „Fortschrittsbericht 2008“ entweder per E-Mail an redaktion@dialog-nachhaltigkeit.de oder per Post an:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Referat 313
Postfach
11044 Berlin

Bitte teilen Sie dabei ausdrücklich mit, ob Sie mit einer – auch auszugsweisen – Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme gegebenenfalls unter Nennung Ihres Namens einverstanden sind.

Zusätzlich ist zu einem späteren Zeitpunkt (voraussichtlich Mai 2008) die Möglichkeit vorgesehen, Stellungnahmen zum konkreten Textentwurf des Berichts abzugeben.

I.

Struktur des Fortschrittsberichts 2008

Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung hat unter Leitung von Bundesminister Thomas de Maizière in seiner Sitzung vom 22. Oktober 2007 folgendes Konzept für den Fortschrittsbericht beschlossen:

*Nachhaltigkeit als Leitprinzip der Bundesregierung
– aktuelle Herausforderungen*

Das erste Kapitel wird **grundlegende Überlegungen** zu Nachhaltigkeit enthalten. Wir müssen die natürlichen Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten beachten, wenn wir wirtschaftlichen Wohlstand und soziales Wohlergehen auf Dauer erreichen wollen – also sowohl für die heutige wie auch für künftige

Schwerpunktthemen

– *Nachhaltigkeit am konkreten Beispiel vertiefen*

Das dritte Kapitel soll Nachhaltigkeit anhand von konkreten **Schwerpunktthemen** vertiefen und greifbar machen (vergleiche dazu unten II.). Diese Themen, mit denen wir die Strategie konzeptionell und inhaltlich weiterentwickeln, sollen das Herzstück des Berichts bilden. Anhand der Themen Klimaschutz/Energieeffizienz, Rohstoffe sowie demografische Entwicklung/sozialer Zusammenhalt wollen wir die Relevanz von Nachhaltigkeit für herausragende Zukunftsfragen und die darauf bezogene Politik der Bundesregierung zeigen.

Der Stand der Nachhaltigkeit

– *Berichterstattung über Nachhaltigkeit in weiteren Politikfeldern*

Dem schließt sich als viertes Kapitel eine – im Vergleich zu den Schwerpunktthemen kompaktere – Darstellung von Nachhaltigkeit **in einzelnen weiteren Politikfeldern** an. Nachhaltigkeit muss sich als roter Faden durch alle Politikbereiche ziehen.

Die Grobstruktur des Kapitels wird sich voraussichtlich an der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juni 2006 orientieren – als erster Schritt zu einer stärkeren Verzahnung der nationalen und der europäischen Strategie². Es geht unter anderem um die Themen nachhaltiger Verkehr, nachhaltiges Wachstum/nachhaltiger Konsum/nachhaltige Produktion, Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (inklusive Reduzierung des Flächenverbrauchs, Schutz und Nutzung der Biologischen Vielfalt und nachhaltige Fischerei), Gesundheit, soziale Eingliederung, Demografie und Migration, globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Nachhaltige Entwicklung, allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Entwicklung, sowie um Finanzierungs- und Wirtschaftsinstrumente. Der Schwerpunkt bei diesen überwiegend kürzeren Darstellungen wird – im Sinne einer Bilanzierung – auf der Darstellung der erfolgten Maßnahmen liegen.

Horizontale und vertikale Verknüpfung

– *Nachhaltigkeit auf eine breitere Basis stellen*

Nachhaltige Entwicklung wird sich in der gesellschaftlichen und politischen Realität nur dann durchsetzen, wenn sie in allen Bereichen, auf allen Ebenen präsent ist. Wir wollen daher **weitere Bereiche und Ebenen einbeziehen** und die Berichterstattung für eigenverantwortliche Beiträge entsprechender Institutionen öffnen. Diese Einladung werden wir an den Parlamentarischen Beirat, den Rat für Nachhaltige Entwicklung, die Länder sowie an die kommunalen Spitzenverbände richten (Kapitel fünf bis acht). Hierdurch soll die **horizontale und vertikale Verknüpfung** der Strategie gestärkt werden.

² vergleiche Bericht der Bundesregierung an die EU-Kommission vom 18. Juni 2007, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aufgaben/Nachhaltigkeitsstrategie.html>

Den Abschluss (Kapitel neun und zehn) bilden kurze Betrachtungen zur Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie zum Nachhaltigkeitsprozess im Rahmen der Vereinten Nationen.

II.

Schwerpunktthemen

Für das dritte Kapitel haben wir uns die folgenden Themen vorgenommen:

1. Klima und Energieeffizienz

Der Kampf gegen den Klimawandel sowie die Gestaltung einer nachhaltigen Energieerzeugung und -nutzung sind von besonderer Wichtigkeit für die Politik der Bundesregierung. Hierzu gab und gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten.

In diesem Kapitel wird die Bundesregierung über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen berichten und dabei weitere Akzente setzen. Zuletzt hat die Bundesregierung hierüber umfassend im Nationalen Klimaschutzprogramm 2005 berichtet. Seitdem wurden international und national wichtige Weichen gestellt.

Europäische und Internationale Ebene

Die Bundesregierung hat die Themen Klima und Energie zu Schwerpunktthemen ihrer EU- und G8-Präsidentschaften gemacht.

- Beim Frühjahrsgipfel des **Europäischen Rats** am 8. und 9. März 2007 sind nach intensiven Verhandlungen mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die Weichen für eine ehrgeizige integrierte europäische Klima- und Energiepolitik gestellt worden. Der Europäische Rat beschloss eine Verpflichtung, die Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zu reduzieren, sofern andere Industriestaaten vergleichbare Ziele vereinbaren und wichtige Schwellenländer einen angemessenen Beitrag leisten. Unabhängig von internationalen Absprachen definierte der Rat ein autonomes Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen von mindestens 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990.

Der vom Europäischen Rat beschlossene "**Europäische Aktionsplan Energie**" verfolgt die drei Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Im Mittelpunkt steht dabei die Verpflichtung, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen. Diese Vereinbarung wird ergänzt durch die Vorgabe, den Gesamtenergieverbrauch durch Einsatz von Effizienzmaßnahmen bis 2020 gegenüber Prognosen um ebenfalls 20 Prozent zu reduzieren. Weiterhin beauftragte der Europäische Rat die Kommission, bis 2008 einen strategischen Energietechnologieplan vorzulegen und dabei besonderes Augenmerk auf die Technologie der Kohlenstoffabscheidung und -lagerung zu legen.

Die Beschlüsse ermöglichen es der EU, bei den Ende 2007 in Bali beginnenden Verhandlungen über ein Post-Kyoto-Regime ihre Vorreiterrolle beim internationalen Klimaschutz glaubwürdig wahrzunehmen.

- Unterstützung für die Verhandlungen in Bali kam auch von den Ergebnissen des G8-Gipfels in Heiligendamm. Unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin wurde erstmals ein langfristiges globales Klimaziel angesprochen. Die **G8** haben in Heiligendamm vereinbart, eine Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Staats- und Regierungschefs haben darüber hinaus vereinbart, ein neues weltweites Klimaschutzabkommen bis zum Jahr 2009 unter dem Dach der Vereinten Nationen anzustreben. Dabei sollen auch die großen Schwellenländer eingebunden werden. Es wurde betont, dass alle Länder eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung für die erforderliche Reduktion der Treibhausgase haben. Alle acht Nationen der G8 haben nunmehr die Ergebnisse des UN-Klimaberichts (IPCC-Bericht) als Grundlage für den weltweiten Klimaschutz anerkannt.

Energiegipfelprozess

Bereits früh nach Übernahme der Regierungsverantwortung hat die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Energiepolitik in das Zentrum politischer Diskussion gestellt.

Auf Einladung der Bundeskanzlerin fanden von April 2006 bis Juli 2007 insgesamt drei energiepolitische Spitzengespräche statt. An den Gesprächen nahmen neben Mitgliedern der Bundesregierung Vertreterinnen und Vertreter der Energiewirtschaft, der Stromverbraucher, aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien, der Gewerkschaften, der Energieforschung und des Umweltschutzes teil. Die Gespräche gaben der Bundesregierung wichtige Impulse für die Erarbeitung eines integrierten Energie- und Klimaprogramms.

Kabinettklausur in Meseberg

Bei ihrer Kabinettklausur in Meseberg Ende August 2007 hat die Bundesregierung Eckpunkte für ein umfassendes Energie- und Klimaprogramm verabschiedet. Hinsichtlich Anspruch und Umfang ist das Programm einzigartig in Deutschland. Alle wichtigen Energieverbrauchsbereiche werden adressiert. Mit einem ausgewogenen Instrumentenmix sollen Effizienz- und erneuerbare Energien-Potenziale kosteneffizient erschlossen werden. Wichtige Bereiche des Programms sind:

- Stärkerer Ausbau erneuerbarer Energien: Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 25 bis 30 Prozent bis 2020.
- Mehr Energieeffizienz beim Strom: Verdopplung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf 25 Prozent.

- Ökologischer Wohnungsbau: Anhebung der energetischen Anforderungen zunächst um 30 Prozent, Verstetigung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms und Verabschiedung eines Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes.
- Weniger Schadstoffausstoß im Verkehr: Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis, Stärkung der Lenkungswirkung der LKW-Maut und wettbewerbsneutrale Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.

Klimaforschungsgipfel / Hightech-Strategie zum Klimaschutz

Die weitreichenden Ziele der Bundesregierung für den Klimaschutz erfordern neue Lösungen durch Forschung und Innovation sowie deren schnelle Umsetzung mit der Chance einer internationalen Vorreiter-Rolle auch auf den Märkten für Umwelt- und Klimaschutztechnik. Die Bundesregierung hat daher zentrale Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft in einem "Klima-Forschungsgipfel" am 16.10.2007 zusammengeführt. Für die ersten von Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam gebildeten Allianzen wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung insgesamt 220 Millionen Euro bereitstellen, die Industrie rund 1,2 Milliarden Euro.

Klimaneutrale Dienstreisen

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie und als konkreter Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen im eigenen Geschäftsbereich hat das Bundeskabinett bereits im Februar 2007 beschlossen, die CO₂-Emissionen dienstlicher Reisen der Bundesregierung auszugleichen und damit klimaneutral zu stellen.

Kraftstoffstrategie

Eine wichtige Teilmaßnahme zur Umsetzung des Klima-/Effizienzschwerpunkts der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Fortführung der Aktivitäten zur Kraftstoffstrategie. Diese Strategie der Bundesregierung wurde 2004 mit dem Zeithorizont 2020 im Konsens mit allen Ressorts sowie wichtigen Akteuren aus Industrie und Wissenschaft erarbeitet. Sie verfolgt einen doppelten Ansatz: durch Innovationsförderung die Energieeffizienz herkömmlicher Antriebstechnologien erhöhen und gleichzeitig die Energiebasis des Verkehrs langfristig auf ein breiteres Fundament stellen.

Bei der Umsetzung der Kraftstoffstrategie sind bereits wesentliche Weichen gestellt worden, unter anderem durch die Einführung der Beimischungsverpflichtung für biogene Kraftstoffe und das „Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie“; eine weitere Umsetzung ist jedoch erforderlich. Hierzu sollen die Energieeffizienz im Verkehrsbereich verbessert, der Einsatz von Biokraftstoffen – soweit nachhaltig – erhöht, sowie Forschung und Innovation gestärkt werden.

2. Schritte zu einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft

Eine nachhaltige Politik steht im Bereich Ressourcen vor drei zentralen Problemstellungen:

- **Ressourcennutzung – Erhöhung der Materialeffizienz / sparsamer Umgang mit Rohstoffen**

Der Koalitionsvertrag sieht unter anderem eine Strategie der Bundesregierung zur Steigerung der Ressourceneffizienz vor. Die Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 enthält das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Zur Erreichung dieses Ziels sind weitere Schritte nötig.

Die Gewinnung, der Transport, die Verarbeitung und die Nutzung von Rohstoffen sowie die nachfolgende Entsorgung hergestellter Produkte belasten die Umwelt. Über eine höhere Rohstoff- und Materialeffizienz lassen sich auch Herstellungskosten senken; in der produzierenden Industrie Deutschlands belaufen sich die Materialkosten auf 40 Prozent gegenüber 25 Prozent Personalkosten. Die globale Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung hat in den vergangenen Jahren zu deutlich höheren Rohstoffpreisen geführt, zum Beispiel bei Kupfer, Stahl und Aluminium. Die Bedeutung einer höheren Materialeffizienz kann daher mit folgenden Stichwörtern umschrieben werden: geringere Kosten, erhöhte Wettbewerbsfähigkeit, technologische Spitzenleistungen, Exportchancen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern, Substitution von Materialien/Rohstoffen, Integrierte Produktpolitik, verbessertes Recycling.

- **Zugang zu Ressourcen – Sicherstellung der Verfügbarkeit von Rohstoffen**

Neben der effizienteren Nutzung von Ressourcen geht es um die Sicherstellung der Versorgung der Industrie mit nichtenergetischen Rohstoffen. Hierzu können die Erschließung neuer Rohstofflagerstätten, die Sicherung des Zugangs zu Rohstofflagerstätten für die Wirtschaft, die Diversifizierung von Bezugsquellen, der Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen beim Rohstoffhandel, die stärkere Substitution endlicher durch nachwachsende (heimische) Rohstoffe, die weiter zunehmende Sekundärrohstoffnutzung durch verbessertes Recycling sowie weitgehend geschlossene Rohstoffkreisläufe beitragen.

- **Soziale, entwicklungspolitische und ökologische Auswirkungen des Rohstoffabbaus und der Rohstoffimporte**

Deutschland importiert Rohstoffe auch aus Entwicklungsländern. Eine Sicherung der dortigen Rohstoffproduktion unter gleichzeitiger Wahrung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Abbaus oder der Gewinnung trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten und zu ihrer gesellschaftlichen

Stabilität bei. Ihre Unterstützung auf diesem Weg entspricht der Verantwortung Deutschlands als wichtigem Industriestaat.

Die Bundeskanzlerin hat auf dem zweiten „Rohstoffgipfel“ im März 2007 **Elemente** einer **Rohstoffstrategie** der Bundesregierung vorgestellt, in denen unter anderem industrie-, handels-, entwicklungs-, forschungs-, agrar- und außenpolitischen Ansätze der Bundesregierung in der Rohstoffpolitik enthalten sind. Es wurde ein Interministerieller Ausschuss eingesetzt, in dem Fragen der Rohstoffversorgung gemeinsam mit der Wirtschaft aufgegriffen werden.

Darüber hinausgehend soll im Bericht eine übergreifende, konzeptuelle Betrachtung erfolgen, da es sich um eine langfristige Entwicklung mit vielfältigen Querbezügen in verschiedene Politikbereiche handelt. So setzt eine Reduzierung der mit Ressourcennutzung verbundenen Umweltbelastung Änderungen im Produktionsprozess entlang der Wertschöpfungskette voraus. Auch die Sicherung des Ressourcenzugangs erfordert langfristige Weichenstellungen. Die global steigende Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen und ihre teilweise ungünstige regionale Verteilung in Krisengebieten birgt die Gefahr von Engpässen, starken Preisanstiegen bzw. Konflikten auf internationaler Ebene sowie in den Exportstaaten selbst. Dagegen wäre in Hinblick auf das Technologie-Exportpotenzial eine Führungsrolle Deutschlands für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft anzustreben.

Ziel der Behandlung des Themas im Fortschrittsbericht 2008 ist daher zum einen die **Definition eines Handlungsrahmens** für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft. Ein wesentlicher Ausgangspunkt hierfür ist die Bestandsaufnahme der Verfügbarkeit von nichtenergetischen Rohstoffen, ihres effizienteren Einsatzes und ihrer Substituierbarkeit einschließlich der Möglichkeiten zur verstärkten Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Diese wird unter anderem zur Identifizierung von Maßnahmen mit dem Ziel der Reduzierung des Materialeinsatzes und der Stärkung des Recyclings herangezogen.

Näher konkretisiert werden soll dieser Handlungsrahmen mit folgenden **Projekten**, die exemplarisch die Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales sowie globale Aspekte widerspiegeln und deren erste Ergebnisse im Bericht dargestellt werden:

- **Förderschwerpunkt zur Erhöhung der Ressourceneffizienz**

Diese Förderinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist Bestandteil des Rahmenprogramms "Forschung für die Nachhaltigkeit" (FONA) sowie der HighTech-Initiative der Bundesregierung. Sie zielt insbesondere auf die Entwicklung und Erprobung innovativer Querschnittstechnologien für eine ressourceneffizientere Rohstoffveredelung und die Nutzung von Georessourcen, etwa für die Erprobung mineralischer Rohstoffe. Im Fokus stehen dabei industrielle Produktionsprozesse und HighTech-Metalle, durch die in Industrien mit hohem Materialeinsatz (zum Beispiel Metall-, Chemie-, Baustoffindustrie) eine große Hebelwirkung erzielt werden kann.

- **Verbesserung der Materialeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen**

Vorhandenes Wissen zu Materialeinsatz und -verarbeitung, Produktionsabläufen und Konstruktionsmöglichkeiten soll verbreitet werden, etwa durch Beratungen oder den Aufbau von Unternehmensnetzwerken. Vorgesehen ist unter anderem ein exemplarisches Vorgehen entlang einer Wertschöpfungskette (zum Beispiel Maschinenbau/Automobilzulieferindustrie) im Rahmen des bestehenden Förderprogramms des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

- **Produktbezogene Maßnahmen in der Informations- und Kommunikationstechnologie**

Mit diesem unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit laufenden Vorhaben soll die Ressourceneffizienz im Bereich von Informations- und Kommunikationstechnik unter anderem durch Produktverbesserungen, Ökodesign, Produktkennzeichnung/Verbraucherberatung sowie die Schließung von Stoffkreisläufen (seltene Metalle) verbessert werden.

- **Nutzung von Holz zur Substitution endlicher Rohstoffe**

Ziel dieses vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz betreuten Vorhabens im Rahmen der Charta für Holz ist die stärkere Substitution endlicher Rohstoffe durch nachhaltig erzeugtes heimisches Holz. In einer Clusterstudie Forst & Holz werden unter anderem Holzreserven, Potentiale der Forst- und Holzwirtschaft sowie Möglichkeiten zur Optimierung der Wertschöpfungskette vom Wald zum Holzprodukt ermittelt. Innovative Rohstoff- und Produktentwicklungen (zum Beispiel neue Holzwerkstoffe und chemische Grundstoffe) werden gefördert.

- **Innovative Mehrfachnutzung von nachwachsenden Rohstoffen**

Das Projekt beschäftigt sich mit dem Ersatz fossiler durch nachwachsende Rohstoffe bei der stofflichen Nutzung. Zum einen bestehen mittelfristig gute wirtschaftliche Chancen in der Kaskadennutzung (stoffliche Nutzung mit einer möglichst häufigen Wiederverwertung, an deren Ende eine klimaschonende energetische Verwertung der Produkte steht). Zum anderen geht es um eine vollständige Nutzung aller Biomassekomponenten bei möglichst hoher Wertschöpfung und geringem Energieaufwand (Konzept der Bioraffinerie). Im Projekt sollen die Chancen derartiger Mehrfachverwendungen und Koppelnutzungen ausgelotet und erfolgversprechende Wege und Maßnahmen aufgezeigt werden. Die Federführung für das Vorhaben hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

- **Transparenz und Korruptionsbekämpfung im Rohstoffsektor von Entwicklungsländern**

Die unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung laufenden Aktivitäten tragen dazu bei, in Entwicklungsländern ein nachhaltiges Rohstoffmanagement aufzubauen und auf den verantwortungsvollen Umgang mit Einkünften aus Rohstoffvorkommen hinzuwirken. Unterstützt wird die „Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)“. Ziel ist, die aus dem Rohstoffsektor resultierenden Finanzströme durch Offenlegung und Beteiligung aller relevanten Akteure transparent zu machen – als ein Beitrag zu guter, insbesondere finanzieller Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung. Ferner soll durch Zertifizierungen auch eine Verringerung ökologischer Folgeschäden, die Einhaltung sozialer Mindeststandards und die Bekämpfung des illegalen Ressourcenabbaus unterstützt werden.

3. Demografischer Wandel – Chancen für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt

In Deutschland werden in Zukunft weniger Menschen leben, vor allem aber werden sie im Durchschnitt älter sein als heute. Die absehbare demografische Entwicklung lässt sich durch Einwanderung oder eine Steigerung der Geburtenrate allenfalls abmildern. Der Geburtenrückgang seit den siebziger Jahren in Deutschland kann nicht in wenigen Jahren ausgeglichen werden, denn er ist auch Ursache dafür, dass es bereits heute weniger potenzielle Mütter und Väter gibt.

Diese demografische Entwicklung wird die wirtschaftliche und soziale Lage in unserem Land in den nächsten Jahren zunehmend prägen. Dabei wird sie regional unterschiedlich verlaufen. Neben schrumpfenden wird es auch in Zukunft noch wachsende Gemeinden und Regionen geben. Zuerst betroffen vom Schrumpfs- und Alterungsprozess sind ländliche Räume Ostdeutschlands. Durch den Fortzug vieler Jüngerer und den phasenweise besonders markanten Geburteneinbruch wird sich die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung hier besonders auswirken; zahlreiche Landkreise in Ostdeutschland werden von der Wende bis zum Jahr 2020 über 50 Prozent ihrer Bevölkerung verloren haben. Aber auch in den übrigen Ländern gibt es Regionen mit sich stark ändernder Bevölkerungsstruktur und zurückgehender Bevölkerung.

Die Bundesregierung hat sich dem Thema demografischer Wandel zuletzt vertieft im Rahmen der Kabinettklausur in Meseberg Ende August 2007 angenommen. Dabei wurde unter der Überschrift „ein menschliches Deutschland für alle Generationen“ die Notwendigkeit betont, Solidarität und Zusammenhalt in Deutschland unter den Bedingungen einer älter werdenden und länger lebenden Bevölkerung zu stärken; hierfür wurden konkrete Maßnahmen angekündigt.

Eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ist unter anderem die Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention. Ferner wird die Bundesregierung bis Mitte 2008 vor dem Hintergrund des demografischen

Wandels Vorschläge erarbeiten, wie künftig alle Programme und raumwirksamen Maßnahmen des Bundes zur Förderung der sozialen und technischen Infrastruktur einem Nachhaltigkeits-Check unterzogen werden können.

In Zusammenhang mit der Diskussion der demografischen Entwicklung dürfen aber auch die **positiven Aspekte** nicht übersehen werden, denn aus dem demografischen Wandel ergeben sich vielfältige Chancen für Gestaltung. Viele ältere Menschen verfügen über ein großes Maß an Erfahrungen, Kreativität und Innovationskraft, und sie möchten diese Potenziale für sich und für andere einsetzen. Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen ist bereits heute unverzichtbar. Die Gesellschaft braucht die „aktiven Alten“, und wir brauchen ein neues, realistischeres Altersbild, das den Blick auf die Fähigkeiten und die Potenziale der wachsenden Zahl älterer Menschen richtet.

Insbesondere kommunale Verwaltungen müssen sich jetzt mit den demografischen Entwicklungen befassen und an Lösungen arbeiten. Ein wichtiger Beitrag wird darin bestehen, Bürgerinnen und Bürger für ein ehrenamtliches Engagement in Bereichen zu gewinnen, die durch die öffentliche Hand nicht (mehr) im bisher gewohnten Umfang abgedeckt werden könnten. Auftretende Defizite lassen sich teilweise in Nachbarschaftshilfe und durch die Aktivierung von freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement minimieren beziehungsweise kompensieren. Dies kann besonders – aber nicht nur – für ältere Menschen von Interesse sein, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben neue Aufgaben für die neue Lebensphase suchen. Hieraus ergeben sich – positiv betrachtet – **Chancen für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und für mehr Solidarität** zwischen den Generationen, für mehr Mitgestaltung des eigenen Lebensumfeldes sowie für eine Kultur des Miteinanders.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement dann steigt, wenn geeignete Freiräume und Strukturen für eigenverantwortliches Handeln vorhanden sind. Zum Teil sind die vielfältigen und erfolgversprechenden Möglichkeiten zur Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger bei kommunalen Handlungsträgern jedoch noch nicht hinreichend bekannt. Neben der Information kommunaler Verwaltungen über Möglichkeiten und Methoden der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern sind praktische Beispiele zu Veranschaulichung und Adaptierung sowie eine bessere Vernetzung wichtig.

Die Ressorts führen in diesem Zusammenhang verschiedene **Projekte** durch, deren (Zwischen-)Ergebnisse im Fortschrittsbericht dargestellt werden sollen. Unter anderem zielt ein Vorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in zwei Modell-Kommunen der neuen Länder auf die Konkretisierung eines Leitbildes von regionalen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, um dadurch eine stärkere Vernetzung der öffentlichen Verwaltung unter anderem mit bürgerschaftlichem Engagement zu erreichen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird Erfahrungen aus Modellprojekten wie „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerstiftungen und zur Aktivierung des Engagements älterer Menschen (Erfahrungswissen für Initiativen) für die Nutzung im Kontext öffentlicher Daseinsvorsorge aufarbeiten und diese auch in der neuen „Initiative

ZivilEngagement: MitEinander – FürEinander“ in den Fokus nehmen. Ferner führen das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie das Bundesministerium für Gesundheit Projekte mit Bezug zum Schwerpunktthema durch oder verbessern die Rahmenbedingungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Neben den unterschiedlichen Projekten der einzelnen Ressorts sollen **gemeinsame ressortübergreifende Projekte** angestoßen und durchgeführt werden. Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu stärken, unter anderem indem Informationen über erfolgreiche Projekte und Netzwerke gesammelt, aufbereitet und gezielt weitergegeben werden. Gegebenenfalls wird im Jahr 2008 hierzu unter anderem ein Kongress durchgeführt. Auch wird eine Anknüpfung an die frühere Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (BIN) erwogen.

Ausblick

Eine Nachhaltigkeitsstrategie ist – um mit den Worten des Vorsitzenden des Rats für Nachhaltige Entwicklung Volker Hauff zu sprechen – eine Zukunftsstrategie. Diese Relevanz von Nachhaltigkeitspolitik für die Bewältigung drängender Zukunftsaufgaben will die Bundesregierung mit dem Bericht deutlich machen und stärken.

Sie hofft, dass der Prozess zur Entwicklung des Fortschrittsberichts 2008 dazu führen wird, das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung weiter zu schärfen. In diesem Sinne wartet die Bundesregierung mit großem Interesse auf Ihre Anmerkungen zu den vorstehenden Überlegungen – oder zu sonstigen Punkten, die Ihnen in diesem Zusammenhang wichtig sind.